CHINA

Bedingt einsatzbereit

Ein Taifun hat Chinas Träume von militärischer Luftüberlegenheit in der Taiwanstraße vorerst zunichte gemacht. Von 24 Jagdflugzeugen des russischen Typs Suchoi-27, die auf einem Stützpunkt in der ostchinesischen Provinz Fujian stationiert sind, wurden 17 bei einem Unwetter schwer beschädigt. Russische Techniker, die um Hilfe bei den Reparaturarbeiten gebeten wurden, fanden desolate Zustände vor. Bei einigen der Kampfflugzeuge waren Tragflächen abgebrochen, andere waren umgestürzt und wiesen erhebliche Schäden an den Triebwerken und der Elektronik auf. Drei Maschinen mußten als Totalschaden abgeschrieben werden. Die Suchoi-27 ist für Chinas veraltete Luftwaffe das wichtigste Instrument, um Großmachtansprüche im Südchinesischen Meer durchzusetzen.



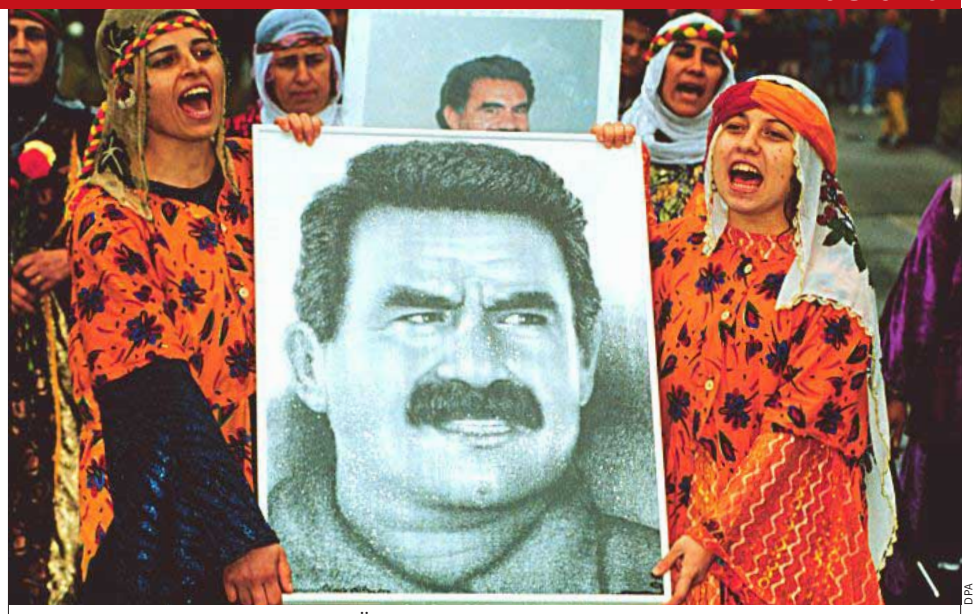
CHINA FEATURES / SYGMA

Jagdflugzeug Suchoi-27

BELGIEN

Richter im Zwielicht

Melchior Wathelet, belgischer Richter am Europäischen Gerichtshof, wird von seiner politischen Vergangenheit eingeholt. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zum Fall Dutroux hat den früheren Justizminister gerügt, weil er gegen ein Mehrheitsvotum von Experten den gefährlichen Kinderschänder vorzeitig aus der Haft entließ. Wathelet taucht immer häufiger in der Skandalchronik des affärengeschüttelten Landes auf. Als wallonischer Minister hatte er 1987 zwei ostbelgische Transportunternehmer, gegen die seinerzeit die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wegen krimineller Abfallbeseitigung ermittelte, mit einer Goldmedaille für besonders „einfallsreiche Wiederverwertung“ ausgezeichnet. Die inzwischen verhafteten Spediteure erklärten jetzt bei einem Verhör, sie hätten sich bei Wathelet mit einer Wahlkampfspende bedankt. Der Christdemokrat wird außerdem verdächtigt, 1989 ebenso wie die Sozialisten vom französischen Rüstungskonzern Dassault 1,5 Millionen Mark für einen Staatsauftrag als Schmiergeld für seine Partei kassiert zu haben. Wathelet bestreitet die Vorwürfe.



DPA

Demonstration für PKK-Führer Öcalan in Deutschland

KURDEN

Wende ins Völkische

Die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vollzieht unter Führung ihres im syrischen Exil lebenden Generalsekretärs Abdullah Öcalan eine Abkehr vom früheren linksradikalen Kurs und orientiert sich völkisch-nationalistisch. PKK-Funktionäre in Deutschland schlagen intern rassistische Töne an. So bezeichnen sie gegenüber ihren Organisationsmitgliedern die Türken als „Scheißvolk mongolisch-arabischer Mischlinge“ und definieren die Kurden als „Volk der indogermanischen Rasse“. Hammer und Sichel im Parteiemblem ließ Öcalan entfernen und durch eine Fackel ersetzen. In Anweisungen an seine Kämpfer definiert Öcalan die PKK nicht als kommunistische Partei, sondern als „nationale Bewegung“. In einem Gespräch mit Günter Wallraff äußerte der PKK-Führer sogar Verständnis für Rassisten in Deutschland: Leider habe die Rückständigkeit vieler illegal eingewanderter Kurden Deutschland „etwas verschmutzt“, daher mache sich hier „berechtigterweise erneut Rassismus breit“. Öcalan: „Ich finde, auch die Rechten sind im Recht. Ich denke an diesem Punkt nicht wie ein Sozialdemokrat.“ Wallraff zitiert dazu kurdische Freunde: „Lieber kein unabhängiges Kurdistan als eines unter Vorherrschaft der PKK.“



Die Top ten der Uno-Parksünder

	LAND	FAHRZEUGE	STRAFMANDATE pro Monat und Fahrzeug
1	Nordkorea	5	38,3
2	Bulgarien	23	20,0
3	Kirgisien	3	15,7
4	Rußland	178	14,7
5	Kasachstan	7	13,1
6	Belorußland	12	12,2
7	Sudan	7	11,2
8	Ukraine	16	10,8
9	Nicaragua	8	10,6
10	Serbien und Montenegro	8	10,5

DER SPIEGEL

VEREINTE NATIONEN

Streit um Falschparker

Rekordverdächtig als notorischer Falschparker ist die New Yorker Limousine mit dem Kennzeichen 020NAD: Der Fahrer des auf die Uno-Botschaft von Oman zugelassenen Wagens fing sich vergangenes Jahr 357 Strafzettel ein. Auch je ein Fahrzeug der russischen wie der nordkoreanischen Mission kamen auf über 300 Strafmandate. Durch wild parkende Uno-Diplomaten, die unter Hinweis auf ihre Immunität die Knöllchen nicht bezahlen, entstehen der Stadt New York jährlich Verluste von mehreren Millionen Dollar. 1996 kamen so 134 281 unbezahlte Strafzettel zusammen, von denen 31 388 allein auf Fahrzeuge der russischen Botschaft ausgestellt waren. Die Drohung des amerikanischen Außenministeriums, künftig allen Autos, für die Strafzettel nicht binnen eines Jahres beglichen werden, das diplomatische Nummernschild zu entziehen, erboste Vertreter der Weltorganisation so sehr, daß sich demnächst sogar die Uno-Vollversammlung mit dem Parkstreit befassen wird.